

Lale Akgün

Ein Dialog auf Augenhöhe wäre sinnvoll

Zum EKD-Papier »Klarheit und gute Nachbarschaft« (I)

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die meisten Muslime sind in den 50er Jahren als Gastarbeiter zu uns gekommen, und sie sind geblieben. Sie haben das Zusammenleben in den Vierteln, am Arbeitsplatz und in den Schulen verändert, aber nicht nur das: Verändert hat sich vor allem auch die religiöse Landschaft unseres Landes. Das ist ein Faktum, mit dem sich viele Deutsche, nicht zuletzt der Staat, lange Zeit schwergetan haben. Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahre 2000 und dem Zuwanderungsgesetz 2005 ist ein integrationspolitischer Paradigmenwechsel eingeleitet und die deutsche Wirklichkeit im 21. Jahrhundert *de facto* endlich anerkannt worden.

Der Islam mit seinen 3,3 Millionen Menschen in Deutschland ist damit zu einer ernst zu nehmenden Größe des religiösen Lebens in unserem Land angewachsen. Alle Beschwörung, dass *Multikulti* am Ende sei, ist vor diesem Hintergrund anachronistisch: Deutschland ist und bleibt multiethnisch und multireligiös. Und die Bedeutung des Islam wird in Zukunft aufgrund der demografischen Entwicklung eher zunehmen: Von den westdeutschen Schulkindern unter 14 Jahren sind bereits 40 Prozent Migranten, bei Kindern unter drei Jahren hat jedes dritte Kind einen Migrationshintergrund. Von den heute in Deutschland lebenden Ausländern wiederum hat gut die Hälfte einen muslimischen Hintergrund.

Viele Apologeten nehmen diese Zahlen zum Anlass, ihre eigenen Horrorvisionen zu beschreiben: von einem Land, in dem in ein paar Jahrzehnten die Muslime die Vorherrschaft haben könnten. Prominentes Beispiel ist der Publizist Henryk M. Broder, der in bekannt provokanter Manier eine Art *islamic science fiction* ent-

worfen hat: Im Jahre 2067 hätten die Muslime die Macht übernommen, »der Bundespräsident heißt Mahmoud Watan-Sadr; Pornokinos und Strip-Bars sind verboten – und um Moscheen gibt es eine Schweinefleisch-Bannmeile«, so die Orwell'sche Prognose des düsteren Auguren.

Untergang des Abendlandes durch schleichende Islamisierung? Schützenhilfe erhalten solche Stimmen durch AutorInnen, wie Necla Kelek oder Ayaan Hirsi Ali. Diese *good muslims* scheinen mit ihrer radikalen und pauschalen Islamkritik die Befürchtungen der Mehrheitsgesellschaft zu bestätigen und zugleich zu befeuern. Sie stellen sich den *bad muslims* gegenüber, denen sie *per se* Demokratie- und Rechtsstaatsfeindlichkeit unterstellen, um die *Scharia* durchzusetzen.

Auch wenn diese Beispiele drastisch erscheinen: Im Kern zeigen sie, wie unsere Gesellschaft derzeit mit dem Islam und den Muslimen umgeht. Es geht nur mehr um die Abwehr der »anderen« und die Verteidigung »unserer« Werte. Oft wird dabei gefordert, nun müsse endlich Tacheles geredet werden, und Schluss mit dem *Multikulti*-Gerede sein.

Um es klar zu sagen: Wir müssen Tacheles reden bei allen undemokratischen und fundamentalistischen Tendenzen in unserem Lande – ob sie nun aus der islamischen, der christlichen, der rechtsextremen oder linksradikalen Ecke dröhnen. Aber eine pauschale Vorverurteilung, eine Polarisierung in »die« und »wir«, ist für ein friedliches Zusammenleben kontraproduktiv. Auch eine paternalistische Haltung, die meint, »wir« müssten den Muslimen »unsere« Werte – wahlweise die der Aufklärung oder des Christentums – näher bringen, ist nicht sinnvoll für ein Zusammenleben gleichberechtigter Menschen.

So sehr auch die Islam-Konferenz als erster und überfälliger Anlauf für einen institutionalisierten Dialog des Staates mit den Muslimen zu begrüßen ist, so ist ihr Erfolg durch die paternalistische Grundhaltung »wir zeigen euch, wo es lang geht« gefährdet. Die Islam-Konferenz bewegt sich nicht, wie es selbstverständlich sein sollte, auf der Grundlage der Verfassung und der Grundrechte. Nein, diese sind Gegenstand der Erörterungen, an deren Ende erst ein »Gesellschaftsvertrag« stehen soll.

Leider ist auch die »Handreichung« der EKD vom November letzten Jahres in diesem Sinne geschrieben. Zunächst einmal ist die Schrift, genau wie die Islam-Konferenz des Innenministers Wolfgang Schäuble, zu begrüßen. Es ist gut, dass sich die Evangelische Kirche dieses Themas annimmt und sich über das Zusammenleben mit Muslimen Gedanken macht. Allerdings: Warum bedarf es dazu einer »Handreichung«? Wird damit nicht suggeriert, dass sich Muslime vom Rest der Bevölkerung als etwas Besonderes und Artfremdes unterscheiden? Benötigt man für Muslime eine Bedienungsanleitung? Wenn wir von Muslimen sprechen, meinen wir keine Außerirdischen, die gerade vor zwei Wochen auf der Erde gelandet sind. Nein, wir sprechen von Menschen, die schon seit über 40 Jahren hier leben und zum Teil die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, Steuern zahlen und mitten unter uns leben.

Wie würde denn die Evangelische Kirche reagieren, wenn die muslimischen Seite ihr eine solche Handreichung vorlegen würde? Ein Abbruch des Dialoges, wie ihn die muslimischen Verbände mit der EKD vollzogen haben, ist allerdings völlig überzogen und alles andere als klug. Nachvollziehbar ist aber die Kränkung, die dem zugrunde liegt.

Wenn man tiefer in die Lektüre des Textes einsteigt, dann wird die Kränkung der muslimischen Verbände verständlicher:

Der Titel »Klarheit und gute Nachbarschaft« klingt zunächst vielversprechend. Auch der Einstieg, dass es der EKD darum gehe, einen Dialog zu führen, geht in die richtige Richtung. Die EKD fordert »eine Wertschätzung des anderen und eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe«.

Verständliche Verärgerung muslimischer Verbände

Die beschworene Augenhöhe lässt der weitere Text allerdings vermissen. Die »Handreichung« liest sich wie eine *To-Do*-Liste an die Muslime in Deutschland. Bekenntnisse und Reformen werden gefordert, den Muslimen eine einzige Bringeschuld auferlegt. Kann es die Aufgabe einer religiösen Gemeinschaft in Deutschland sein, anderen Hausaufgaben aufzugeben? Nein, das ist nichts anderes als Belehrung und widerspricht dem Wunsch eines Dialogs auf gleicher Augenhöhe.

Dieser Logik zufolge haben die Muslime kaum eine Chance, den vermeintlichen Vorsprung der christlichen Kirchen aufzuholen. Wie soll man denn als Muslim die eigene Demokratietauglichkeit unter Beweis stellen, wenn allorts bezweifelt wird, dass die Grundlagen des Islam überhaupt mit der Demokratie vereinbar sind? So zumindest lautet der Tenor der »Handreichung«, »dass die Grundgedanken, aus denen heraus ein demokratischer Staat seinen Auftrag wahrnimmt, eine Nähe zum christlichen Menschenbild aufweisen«. Die Autoren unterstellen dem Islam damit, mitten im Spannungsfeld zwischen religiösen Normen und Demokratie zu sitzen, derweil die christlich-jüdische Tradition »maßgeblich zu den kulturellen und geistigen Grundlagen der freiheitlichen Demokratie beigetragen« habe.

Die Behauptung, der Islam stünde grundsätzlich in Opposition zum Grundgesetz und seinen Werten, begründet das EKD-Papier mit dem Verweis auf die Bestimmungen der *Scharia* zu Körperstra-

fen, der Behandlung religiöser Minderheiten oder Konvertiten. Bezugnehmend auf die islamische Menschenrechtserklärung von Kairo wird postuliert, der Islam akzeptiere keine Menschenrechte, die von ihm unabhängig und säkular begründet werden. Das aber ist nichts anderes als Rosinen-Pickerei: Es wird einfach nicht ernst genommen, wenn sich der ZENTRALRAT DER MUSLIME mit seiner *Islamischen Charta* zu Demokratie und Menschenrechten bekennt und die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) ein klares *Ja* zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausruft. Man fragt sich, warum diesen Bekenntnissen immer der Ruf anhaftet, nichts anderes als ein Lippenbekenntnis zu sein.

Hier wird nicht mit gleichem Maß gemessen – und das soll es laut EKD auch gar nicht: Denn so wie in der Demokratie Gleiches gleich behandelt wird, so müsse eben auch Ungleiches ungleich behandelt werden. Mit Letzterem meint die EKD den Islam.

Zu Ende gedacht könnte das bedeuten, der Staat möge die Äquidistanz zu den Religionsgruppen überdenken. Der Staat ist aber neutral und hat Äquidistanz zu allen Religionen zu wahren.

Gesellschaftspolitisch problematisch ist ein monokausaler, gleichsam fast blinder Blick auf gesellschaftliche Probleme. Der Islam wird als Ursache für gesellschaftlich nicht akzeptable Missstände identifiziert. Die wahren Ursachen werden jedoch nicht erkannt. Ein Beispiel: Es mutet abenteuerlich an, wenn das EKD-Papier unterstellt, es gebe einen direkten Zusammenhang zwischen der »in Ländern mit muslimischer Mehrheit durchweg geltenden Gehorsampflicht von Frauen gegenüber ihren Männern, Vätern oder Brüdern« und dem mangelnden Respekt von männlichen Schülern mit muslimischem Hintergrund gegenüber »Lehrerinnen und anderen weiblichen Autoritätspersonen«. Gewalt in der Fami-

lie wird auf entsprechende Bestimmungen der *Scharia* zurückgeführt. Ein solcher Zusammenhang taugt aber nur als Randursache in einer umfassenden Analyse, warum es in muslimischen Familien zu Gewalt kommen kann: So haben 41 Prozent der türkischen Migrantinnen in Deutschland häusliche Gewalt erleben müssen, in der Gesamtbevölkerung sind es aber auch 37 Prozent. Wenn ein Mann seine Frau schlägt, kann dies also nicht nur am Islam liegen – vielmehr rücken soziale Bedingungen und viele andere Faktoren in den Blick.

Daher stellt sich die Frage: Welche Wirkung wird eine solche »Handreichung« in der Praxis nach sich ziehen? Mit welcher Einstellung trete ich meinen muslimischen Mitbürgern in Zukunft gegenüber, wenn zum Beispiel ein Protestant gerade irgendwo gelesen hat, dass die »Züchtigung der Ehefrau« ein religiöses Gebot darstelle? Es macht voreingenommen und blockiert die vorurteilsfreie Kommunikation.

In letzter Konsequenz entsteht auf diese Weise eine anhand religiöser Trennlinien zerklüftete Gesellschaft. Eine Kraterlandschaft voll trennender Gräben zwischen Muslimen und Mehrheitsgesellschaft. Man redet auf diese Weise den vielbeschworenen »Kampf der Kulturen« erst herbei, den man vorgibt, verhindern zu wollen.

Wir benötigen stattdessen eine radikale Kehrtwende im Dialog! Stattdessen bedarf es eines offenen und kritischen Dialogs: Wenn in Koranschulen verfassungsfeindliche Inhalte gepredigt werden, dann müssen wir dagegen angehen. Wenn ein Imam zu Gewalt aufruft, dann macht er sich strafbar! Aber wir müssen dabei auch offen, ehrlich und gerecht vorgehen, und auf jeden gleiches Recht und gleiche Maßstäbe anwenden. Nehmen wir die Muslime beim Wort: Wer sich zum Grundgesetz bekennt und dem nicht zuwider handelt, der ist Dialog- und An-

sprechpartner für uns. Bestehen Zweifel an der Verfassungstreue, gibt es keinen Grund zum Schmusekurs. Der demokratische Rechtsstaat ist unser gemeinsames Haus, und das Grundgesetz ist das Fundament. Wenn das Konsens ist, benötigen wir keine Hausordnung und keine Handreichung der Alteingesessenen in einem Akt der Gnade den Neueingezogenen gegenüber. Die Neubewohner haben zudem das Recht und die Pflicht, dieses Haus mit einzurichten und zu renovieren. Klar, das geht nicht immer ohne Konflikte. Aber Konflikte, dessen war sich schon Cicero bewusst, können auch sehr produktiv sein.

Gewiss, die multiethnische und multi-religiöse Gesellschaft ist eine »anstrengende Lebensform«, wie Bischof Wolfgang Huber zurecht feststellt. Zum einen aber haben wir keine andere Wahl, zum anderen stellt sich auch die Frage, für wen es anstrengender ist: für die Etablierten etwa, die Zugang zu den Ressourcen der Gesellschaft haben, die ihre *Codes* beherrschen und in die Netzwerke eingebunden sind? Oder für die Muslime, die zum größten Teil der Gruppe der sozial Benachteiligten angehören?

Der Mehrheit der Muslime geht es darum, einen angemessenen Platz im gemeinsamen Haus zu finden – keinen besseren, aber auch keinen schlechteren. Um das zu ermöglichen, müssen sich die Einwanderer bewegen, von sich aus aktiv werden. Ebenso aber die Etablierten, indem sie von alten Stereotypen ablassen. Das ist meiner Auffassung nach nur auf der Grundlage eines neuen republikanischen Ethos möglich, das Zusammengehörigkeitsgefühl und eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung fördert. Das Stichwort, das Jürgen Habermas dazu liefert, heißt »Verfassungspatriotismus« als Grundlage einer Nation aus Staatsbürgern, die durch die »Praxis der Bürger« und nicht durch ethnisch-kulturelle Gemeinsamkeiten gedeiht. Den Wertekanon liefert die Aufklärung. Damit sind wir alle, die hier in Deutschland leben, mit eingeschlossen, und »unsere« Werte hätten wir auch verteidigt.



Lale Akgün (*1953)
SPD-MDB, ist Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union.
lale.akguen@bundestag.de

Johannes Kandel

Eine notwendige Klärung lässt sich nur im Gespräch erreichen

Zum EKD-Papier »Klarheit und gute Nachbarschaft« (II)

Nur sechs Jahre nach der ersten umfassenden Würdigung des christlich-muslimischen Dialogs aus evangelischer Sicht (*Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland – Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen*, 2000) stellte der Rat der EKD im November 2006 eine neue »Handreichung« unter dem Titel »Klarheit und gute Nachbarschaft« vor. Im Blick auf das traditionell stark ausge-

prägte Beharrungsvermögen kirchlicher Grundsatzdokumente mag dies überraschen. Doch in diesen fünf Jahren ist die Welt von einer neuen Qualität religiösen Extremismus und internationalen Terrorismus erschüttert worden. »Der« Islam rückte in den Mittelpunkt eines globalisierten Diskurses um die politische Bedeutung und gesellschaftliche Dynamik von Religionen und Kulturen.